Jede achte Moschee in NRW im Visier des Verfassungsschutzes

4. Juli 2019



Düsseldorf (KNA) Jede achte Moschee in Nordrhein-Westfalen wird wegen extremistischer Bestrebungen vom Verfassungsschutz beobachtet. Insgesamt stünden 109 der 850 muslimischen Gebetshäuser im Visier der Sicherheitsbehörden, erklärte der Leiter des NRW-Verfassungsschutzes, Burkhard Freier, am Mittwoch vor Journalisten in Düsseldorf. Die Zahl sei in den letzten Jahren deutlich angewachsen.

Eine Moschee werde vom Verfassungsschutz als „extremistisch beeinflusst“ eingestuft, wenn dort radikale Salafisten verkehrten oder regelmäßig islamistische Hassprediger aufträten, so Freier. Von den 109 beobachteten Moscheen stünden 70 unter Salafismusverdacht. In 39 weiteren Gebetshäusern seien andere Islamisten tonangebend. 16 Moscheegemeinden stünden in finanzieller und struktureller Abhängigkeit zur extremistischen Muslimbruderschaft.

In NRW hat sich die Zahl der registrierten Salafisten nach den Angaben in den letzten fünf Jahren von 1.500 auf 3.100 mehr als verdoppelt. Etwa 800 davon seien gewaltbereit. 250 Salafisten gelten demnach als sogenannte „Gefährder“, die laut Freier „nah am Terrorismus sind“. Darunter sind auch Rückkehrer aus ehemaligen Kriegsgebieten des Islamischen Staates (IS). Diese Rückkehrer seien

„radikalisiert, enthemmt und teilweise kampferfahren“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). Von solchen Personen gehe eine erhebliche Gefahr aus.

Der Anteil der Frauen unter den Salafisten ist nach den Beobachtungen des NRWVerfassungsschutzes auf 18 Prozent angewachsen. In Hinterhöfen betrieben salafistische Mütter islamkonforme Kitas, berichtete Reul. Diese Einrichtungen seien dem Zugriff der Behörden weitgehend entzogen. Dort würden keine Kinderlieder gesungen, sondern Soldatenspiele eingeübt und Kriegsfilme gezeigt.

Erhebliche Gefahren sieht der Verfassungsschutz durch den zunehmenden „legalistischen Salafismus“. Dieser reiche von der Muslimbruderschaft bis zu Anhängern der in der Türkei parlamentarisch vertretenen Partei „Saadet Partisi“. Akteure aus diesem Spektrum gingen aktiv auf Medien, Behörden, zivilgesellschaftliche Akteure und Kirchenvertreter zu. Sie erhofften sich dadurch eine „Unbedenklichkeits-Bescheinigung“.

Legalistische Salafisten streben nach Einschätzung des Verfassungsschutzes eine islamische Staatsordnung nach dem Koran und der Scharia an – mit einigen demokratischen Elementen. Freier bestätigte, der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) unterhalte enge Kontakte zu den Muslimbruderschaften. Selbst sei er aber nicht Beobachtungsgegenstand des Verfassungsschutzes.

(KNA - tkrkn-89-00135)
Foto: Unsplash

Stand: 17. November 2026